

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Abg. Dieter Arnold

Abg. Holger Dremel

Abg. Florian Siekmann

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Christiane Feichtmeier

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 b** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Gesetz zur Förderung der Verteidigungsindustrie in Bayern (Drs. 19/9195)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. Zur Begründung erteile ich Staatsminister Dr. Florian Herrmann das Wort.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Bayerische Staatsregierung bringe ich heute das Gesetz zur Förderung der Verteidigungsindustrie in Bayern in die parlamentarischen Beratungen in den Bayerischen Landtag ein.

Dieser Gesetzentwurf ist Teil eines Pakets von Legislativvorschlägen der Staatsregierung zur Stärkung der Landesverteidigung auf Landesebene. Mit Blick auf die fortgesetzt angespannte Sicherheitslage in Deutschland ist es erklärtes Ziel der Staatsregierung, auf allen Ebenen an einer Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit zu arbeiten. Die internationale Lage hat sich in den zurückliegenden Jahren drastisch verändert und in den vergangenen Monaten weiter verschärft mit einem aggressiven Russland auf der einen Seite und einem Bündnispartner USA auf der anderen Seite, der zu Recht mehr Einsatz und mehr Eigenverantwortung von und in Europa einfordert.

Wir sind im Grunde an einer Stelle angekommen, an der wir Verteidigungspolitik nach Bedrohungslage machen müssen und nicht mehr nach Kassenlage. Das wurde durch die Befreiung von der Schuldenbremse für die militärischen Ausgaben vom Bundestag, vom Bund geregelt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Gern geschehen!)

Aber wir müssen auch dazu kommen, die Verteidigungspolitik nach Bedrohungslage und nicht nach Lage der Bürokratie zu betreiben. An dieser Stelle setzt sozusagen der Gesetzentwurf an. Er verkörpert die eindeutige Botschaft: Sicherheit und Verteidi-

gung haben in Bayern oberste Priorität. Dazu gehört eine starke und im Bedarfsfall rasch aufwuchsfähige heimische Verteidigungsindustrie. Das bayerische Gesetz zur Förderung der Verteidigungsindustrie ist das erste seiner Art in ganz Deutschland und hat daher Vorbildcharakter für alle Bundesländer, genauso wie unser Gesetz zur Förderung der Bundeswehr.

Bayern ist schon heute ein absolut führender Standort für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Das hat einen guten Grund; denn die Bayerische Staatsregierung setzt sich seit Jahrzehnten umfassend für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bayern ein. Wir hatten auch zu Zeiten, in denen andere mit der Verteidigungsindustrie gefremdelt haben, nie Berührungsängste. Das muss man sehr deutlich sagen; denn der Aspekt der Landes- und Bündnisverteidigung war bei uns immer wichtig, während sich andere weggeduckt haben.

Mit Unternehmen wie Airbus Defence and Space, Airbus Helicopters, MTU Aero Engines, MBDA Deutschland, Diehl Defence, KNDS, Rheinmetall MAN Military Vehicles, Renk, Hensoldt, ESG, Rohde & Schwarz und der IABG liegt das Schwergewicht, nämlich ungefähr ein Drittel der deutschen Verteidigungsindustrie, in Bayern. Auch in den neuen Technologiebereichen wie Drohnen, Drohnenabwehr und Software Defined Defence ist Bayern führend. Das bayerische Start-up-Ökosystem im Bereich der Rüstungs- und Verteidigungsindustrie zählt zu den erfolgreichsten in ganz Europa. Unternehmen wie Helsing, Quantum Systems oder ARX Robotics leisten dazu den entscheidenden Beitrag.

In Bayern sind rund 200 Unternehmen im Verteidigungsbereich aktiv. Das ist ein Drittel der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie insgesamt. Ungefähr 50.000 Beschäftigte arbeiten in diesem Sektor; das ist eine Brutto-Wertschöpfung von über 9,5 Milliarden Euro. Die bayerische Industrie ist ein Schlüssellieferant für die Bundeswehr und Teil des industriellen Rückgrats unserer Verteidigung. Aktuelle Beschaffungsentscheidungen des Bundes zeigen, dass Produkte aus Bayern in allen Dimensionen der Streitkräfte und Rüstung gefragt sind: Eurofighter für die Luftwaffe,

Kampfpanzer wie Leopard 2 für das Heer, Radare, Sensoren und Elektronik für die Marine, modernste IT und Kommunikation für den Cyberbereich sowie Güter für Logistik und Sanität.

Mit dem neuen Gesetz zur Förderung der Rüstungsindustrie wird es künftig noch einfacher sein, in Bayern zu gründen, sich anzusiedeln oder zu wachsen. Grundidee des Gesetzes ist es, nach dem Vorbild des Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr umfassende rechtliche Erleichterungen für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Rechtsbereichen zu schaffen, für die eben in Bayern Landeszuständigkeiten bestehen.

Für die heimische Verteidigungsindustrie werden in diesem Gesetz bei der Forschung regulatorische Hürden abgebaut. Für das künftige Defense Lab in Erding als Erprobungs- und Testgelände der Bundeswehr werden Möglichkeiten zur Befreiung von landesrechtlichen Standards durch Allgemeinverfügung des Innenministeriums geschaffen. Analog zu den bundesrechtlichen Beschaffungserleichterungen für die Bundeswehr werden landesrechtliche Beschaffungen zur Ertüchtigung oder Sicherung der Landes- und Bündnisverteidigung inklusive Infrastruktur und Zivilschutz als sicherheitsrelevant ausgewiesen und unterliegen daher nicht mehr dem EU-Vergaberecht.

Im Baurecht werden für die Erprobung oder Herstellung von Verteidigungsgütern Erleichterungen eingeführt, wie zum Beispiel Abweichungsmöglichkeiten vom Bauordnungsrecht oder die Genehmigungsfreistellung von fliegenden Bauten und Behelfsbauten. Außerdem sollen bauliche Genehmigungsverfahren binnen drei Monaten abgeschlossen sein. Es geht also insgesamt um Beschleunigung, weil wir nicht nach Kassen- oder Bürokratielage, sondern nach Bedrohungslage auch für unsere Rüstungsindustrie da sein müssen.

Ich bin schon gespannt auf die Haltung der GRÜNEN in diesem Zusammenhang. Ich konnte in den Zeitungsartikeln schon leichte Zustimmung erkennen, aber auch Vorbehalte. Ich kann nur sagen: Es bringt nichts, an der Stelle wieder eine Position

zu vertreten, die heißt: Wasch mich, aber mach mich nicht nass. So war es bei der Entbürokratisierung, und wir haben es wie jedes Mal auch bei dieser Debatte: Wir alle wollen das, aber nicht dieses und nicht jenes. Ich kann nur sagen: Das Schlimmste für Natur und Umwelt wäre eine kriegerische Auseinandersetzung. Das sieht man an all den Orten, wo solche Auseinandersetzungen stattfinden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Aus diesem Grund tun wir alles dafür, dass das eben nicht passiert. Wir brauchen eine glaubwürdige Abschreckung. Aus diesem Grund muss sie glaubwürdig sein, und das funktioniert nur, wenn nicht alle erkennen: Die schaffen es ja sowieso nicht, weil sie Genehmigungsverfahren haben, die dreimal so lange dauern. Sie können überhaupt keinen Aufwuchs erreichen bei Munition oder bei Waffensystemen, weil sie bestimmte Schleifen drehen müssen, die man sich leisten kann, wenn die Zeit nicht kritisch ist. – Hier ist die Zeit kritisch. Deshalb müssen wir diesen Schritt gehen. Ich bitte auch dringend um Unterstützung dafür.

Im Übrigen wird auch noch von Denkmalschutzvorschriften befreit bzw. werden das Interesse der Verteidigungsfähigkeit genauso wie die Belange von Forschung, die Erprobung und Herstellung von Verteidigungsgütern berücksichtigt, wenn das Vorhaben zur Abwägung mit Industriedenkmalen steht; ich nenne als Beispiel Diehl Defence in Nürnberg.

Ebenfalls analog zum Gesetz zur Förderung der Bundeswehr muss die Landesplanung den räumlichen Erfordernissen stärker Rechnung tragen, nämlich wenn es um Test-, Erprobungs- und Produktionsstruktur der Bundeswehr sowie die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie geht. Die Mittel aus der Bayerischen Transformations- und Forschungsstiftung werden ausdrücklich zugunsten der Verteidigungsindustrie geöffnet. Das ist ein wichtiger Punkt. Schließlich kann die LfA als Wirtschaftsförderbank des Freistaats ausdrücklich auch Unternehmen der Verteidigungsindustrie bedienen.

Meine Damen und Herren, das ist sozusagen der Großteil des Programms, das in diesem Gesetz vorgesehen ist, und jeder einzelne Punkt – Sie sehen das – dient dazu, möglichst zügig, unbürokratisch und vernünftig voranzukommen. Der Gesetzentwurf wurde deshalb auch in der Verbändeanhörung sehr positiv aufgenommen. Der Abbau regulatorischer Hürden für Forschung, Entwicklung, Erprobung und Herstellung sowie die verbesserten Möglichkeiten bei der Kapitalbeschaffung werden von den angehörten Verbänden ausdrücklich begrüßt. Positiv geäußert haben sich das Verteidigungsministerium, der Bundeswehrverband, die Vbw in Bayern sowie der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Der Gesetzentwurf zeigt, dass auch Länder über gesetzgeberische Hebel und Werkzeuge verfügen, um zu unterstützen und zu beschleunigen; das ist auch noch wichtig und kann vielleicht Vorbildcharakter für die anderen Bundesländer haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Gesetzentwurf verbessern wir die Rahmenbedingungen für die Industrie und stellen Bayern als Spitzenstandort noch besser auf. Wir wollen Abhängigkeiten reduzieren, unsere eigenen Kompetenzen, unser Wissen und unsere Innovation stärken, und wir wollen natürlich auch, dass möglichst viele Unternehmen und möglichst viele Rüstungsaufträge nach Bayern gehen. Deshalb ist dieses Gesetz die richtige Antwort auf die veränderte Sicherheitslage und ein wichtiger Beitrag für unsere Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit in Deutschland und Europa. Deshalb bitte ich um zügige, gute Beratungen und am Ende um Verabschiedung dieses Gesetzes.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die AfD-Fraktion der Kollege Dieter Arnold.

(Beifall bei der AfD)

Dieter Arnold (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Wenn wir heute über das Gesetz, das den Titel "Förderung der

Verteidigungsindustrie in Bayern" trägt, sprechen, dann sprechen wir über mehr als verwaltungsrechtliche Anpassungen. Wir sprechen über Souveränität, über wirtschaftliche Stärke und über die Frage, ob dieser Staat im Ernstfall wirklich in der Lage ist, seine Bürger zu schützen. Ich kenne die Bundeswehr nicht nur aus Berichten, sondern aus eigener Praxis. Ich weiß, wie entscheidend klare Befehlswege, verlässliche Ausrüstung und robuste Strukturen sind. Ich weiß ebenso, dass Deutschland in all diesen Bereichen über die letzten Jahre hinweg Defizite aufgebaut hat, und zwar systematisch.

Deshalb sage ich ganz bewusst: Wir als AfD unterstützen jeden Schritt, der unser Land sicherer macht. Wir stimmen diesem Gesetz zu. Aber Zustimmung heißt nicht, den Mantel des Schweigens über die Schwächen zu legen. Zustimmung heißt, Verantwortung zu übernehmen, und Verantwortung heißt, klar zu benennen, was fehlt; denn es muss offen ausgesprochen werden: Dieses Gesetz schafft Strukturen, aber keine Fähigkeiten. Es erleichtert Verfahren; aber es ersetzt keine Reserve. Es beschleunigt Bauprozesse; aber es schafft keine logistische Durchhaltefähigkeit. Es modernisiert Abläufe; aber es ersetzt keine strategische Führung. Wir müssen ehrlich sein: Bayern kann nicht all das reparieren, was Berlin über Jahre hinweg abgebaut hat. Das schmälert nicht den Ansatz dieses Gesetzentwurfs; aber es macht deutlich, dass seine Wirkung begrenzt ist.

Gleichzeitig ist klar: Eine starke Verteidigungsindustrie ist in Bayern ein entscheidender Standortfaktor. Sie schafft hochwertige Arbeitsplätze. Sie bringt Innovation und Wertschöpfung in die Regionen, und sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil technologischer Souveränität. Sicherheitswirtschaft ist Zukunftswirtschaft – das gilt insbesondere in Zeiten geopolitischer Instabilität. Deshalb sagen wir als AfD ausdrücklich: Wir wollen unsere Industrie stärken. Wir wollen dies aber mit klar definierten Begriffen, klaren Prioritäten und klarer sicherheitspolitischer Orientierung tun.

Der zentrale Begriff "Verteidigungsgüter" ist im Gesetzentwurf offen. Das Gesetz, das Sonderwege eröffnen will, braucht präzise Kriterien. Wer alles fördern will, fördert am

Ende nichts. Die Konstruktion administrativer Dringlichkeit ersetzt keine Führung. Geschwindigkeit entsteht nicht durch die Andeutung eines Ausnahmezustands, sondern durch klare Prozesse, eindeutige Zuständigkeit und verlässliche Entscheidungswege. Es muss klar sein: Der Ausnahmezustand ist kein Ersatz für Führung. Wir dürfen zudem nicht vergessen: Bayern ist nicht irgendein Bundesland. Wir verfügen über bedeutende Truppenübungsplätze, über traditionsreiche Wehrtechnikstandorte, über Unternehmen, die sicherheitsrelevante Schlüsseltechnologien produzieren und entwickeln. Wer in Bayern Gesetzgebung betreibt, entscheidet nicht nur über Industriepolitik, sondern über Bayerns Rolle in der nationalen Sicherheit.

Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu, weil Bayern jeden Fortschritt braucht – auch kleine Fortschritte. Die AfD ist die einzige politische Kraft, die "Sicherheit" nicht als Schlagwort verwendet, sondern als staatliche Kernaufgabe versteht. Es ist ebenso klar: Dieser Gesetzentwurf ist ein Anfang und kein Abschluss. Die strategische Arbeit beginnt erst jetzt. Sicherheit entsteht durch Ehrlichkeit, Mut und Führung. Wir als AfD sind bereit, unseren Teil dazu beizutragen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich bitte um Entschuldigung. Der Baulärm wird demnächst eingestellt. Hoffentlich ist unser Wunsch schon angekommen. Eigentlich sollte am Plenartag kein Baulärm sein. – Als nächster Redner hat der Kollege Holger Dremel für die CSU-Fraktion das Wort.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wunsch nach einer friedlicheren und sicheren Welt stand heuer neben dem obligatorischen Wunsch nach Gesundheit bei vielen Menschen in Deutschland und in Europa ganz oben auf der Wunschliste für das Jahr 2026 – auch bei mir und meiner Familie. Das hängt natürlich in erster Linie mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zusammen, dessen Beginn sich am 24. Februar dieses Jahres zum vierten Mal jährt und der die Sicherheitslage in Europa grundlegend verändert hat.

"Grundlegend verändert" bedeutet für uns konkret, dass wir uns der stärksten Bedrohung unserer Sicherheit seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt sehen und dass wir mit aller Konsequenz und mit aller Deutlichkeit darauf reagieren müssen.

Als wären die Herausforderungen durch Russland nicht schon groß genug, mussten wir – damit meine ich Deutschland und Europa – auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos so viele Drohungen und Beschimpfungen über uns ergehen lassen, dass es uns angst und bange werden konnte. Aber angst und bange zu werden, ist genau das Falsche in diesen kritischen Zeiten; denn das würde den narzisstischen und machtgierigen Autokraten nur ermutigen, uns noch mehr zu drohen und noch mehr zu schaden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen deshalb in Wirtschaft, Handel, Energie- und Rohstoffbeschaffung sowie auch vor allem in der Sicherheit unabhängig werden.

Ja, wir Europäer müssen in allen sicherheitsrelevanten Bereichen viel stärker werden, um gegen alle Bedrohungen und alle Versuche, unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schwächen, gewappnet zu sein. Wir Deutsche konnten uns bei der Verteidigung jahrzehntelang auf einen starken Freund, die USA, verlassen, wofür wir auch sehr dankbar sind. Aber diese Zeiten sind, wie wir wissen, vorbei – zumindest so lange, bis sich auf der anderen Seite des Atlantiks der Wind wieder dreht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben sicherlich auch die Rede des kanadischen Premierministers Mark Carney auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos gehört, in der er die aktuelle weltpolitische Situation messerscharf analysiert hat. Ihr Kern lautet: Wir befinden uns mitten in einem "Bruch", nicht in einem "Übergang". Der kanadische Premierminister betonte in seiner Rede auch, dass Freiheit und äußere Sicherheit hohe Güter seien, in die wir, die "demokratischen Mittelmächte", wie er sie nannte, viel stärker investieren müssen. Er fordert außerdem, dass wir, die "demokratischen Mittelmächte", in allen sicherheitsrelevanten Bereichen selbst stärker aufbauen müssen. Ich zitiere:

"Wir verlassen uns nicht mehr nur auf die Stärke unserer Werte, sondern auch auf den Wert unserer Stärke. Wir bauen diese Stärke im eigenen Land auf."

Dazu gehören, so Carney, zivile

"Investitionen in Höhe von einer Billion Dollar in Energie, Künstliche Intelligenz, kritische Mineralien, neue Handelskorridore und darüber hinaus."

Dazu gehören aber auch militärische Investitionen:

"Wir verdoppeln unsere Verteidigungsausgaben bis zum Ende dieses Jahrzehnts – und zwar so, dass wir unsere heimischen Industrien stärken."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das verfolgt dieser Gesetzentwurf der Staatsregierung. Staatsminister Florian Herrmann hat ihn vorgetragen. Wir haben einen Gesetzentwurf. Sein Ziel ist die Stärkung unserer heimischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, um eine ausreichende Ausstattung der Bundeswehr mit Rüstungsgütern zu erreichen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich stehen in diesem Bereich vor allem Bundesgesetze im Fokus. Angesichts der ernststen internationalen Sicherheitslage wollen wir in Bayern aber durch uns zur Verfügung stehende landesrechtliche Maßnahmen alles uns Mögliche tun, um unsere Verteidigungsindustrie zu stärken. Um das zu erreichen, sollen mit diesem Gesetzentwurf mehrere landesrechtliche Regelungen angepasst werden – insbesondere für das gerade anstehende Defense Lab in Erding. Es soll als wehrtechnisch zentrales Forschungs- und Erprobungsgelände verankert werden. Hierzu ist vorgesehen, dass es durch Allgemeinverfügung im Einvernehmen mit den fachlich betroffenen Ressorts von Vorschriften des Landesrechts befreit werden kann, um einen rechtlichen Freiraum für technische Innovationen zu schaffen. Auch das hat Staatsminister Florian Herrmann bereits ausgeführt.

Mit dem Defense Lab Erding schaffen wir einen bundesweit einmaligen Innovationsstandort für wehrtechnische Forschung, Entwicklung und Erprobung. Auf diesem Gelände des ehemaligen Fliegerhorstes können neue Technologien schneller getestet und in die Praxis überführt werden. Das ist ein echtes Alleinstellungsmerkmal für unsere heimische Industrie und ein starkes Plus für unsere Sicherheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Darüber hinaus sollen durch Anpassungen weitere Finanzierungsmöglichkeiten für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie eröffnet und sicherheits- und verteidigungsrelevante Beschaffungen im Rahmen der Verteidigungsplanung und des Zivilschutzes erleichtert werden. Diese Anpassungen sind dringend notwendig, um unsere Verteidigungsfähigkeit rasch zu erhöhen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, außerdem sollen die Bayerische Bauordnung, das Bayerische Denkmalschutzgesetz und das Bayerische Landesplanungsgesetz geändert werden, um künftig auch die Erprobung und Herstellung von Verteidigungsgütern ausdrücklich berücksichtigen und privilegieren zu können. Dabei wird in der Bayerischen Bauordnung neben dem Katastrophenschutzgesetz jeweils auch der Zivilschutz ausdrücklich angeführt. Außerdem wird im Bayerischen Katastrophenschutzgesetz ein eigener Abschnitt "Zivilschutz und Verteidigung, zivil-militärische Zusammenarbeit" eingefügt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als jemand, der sich viele Jahre lang als Polizeibeamter für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Bayern eingesetzt hat, kann ich das nur begrüßen. Angesichts der ernsten Sicherheitslage haben wir als Gesetzgeber die Pflicht, den Zivilschutz auszubauen, um den Menschen in Bayern im hoffentlich nie eintretenden Fall der Fälle ein Höchstmaß an Schutz bieten zu können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben es in den vergangenen Jahrzehnten geschafft, dass Bayern Spitzenreiter bei der inneren Sicherheit in Deutschland ist. Angesichts der aktuellen Kriege und Krisen in Europa wollen wir durch die Förderung unserer Verteidigungsindustrie unseren Beitrag zur Erhöhung der äußeren Sicherheit Deutschlands leisten. Mit diesem Gesetzentwurf reißen wir bürokratische Hürden nieder und geben der bayerischen Verteidigungsindustrie genau die Unterstützung, die sie braucht. Um noch einmal mit den Worten des kanadischen Premierministers Mark Carney zu sprechen:

"Wir verlassen uns nicht mehr nur auf die Stärke unserer Werte, sondern auch auf den Wert unserer Stärke. Wir bauen diese Stärke im eigenen Land auf."

Dafür werden mit diesem Gesetz die Voraussetzungen geschaffen.

Lieber Herr Kollege von der AfD, die Partei der inneren Sicherheit ist sicherlich nicht Ihre. Die Christlich-Soziale Union in Bayern hat als Markenzeichen die Sicherheit sowohl innen als auch außen. Lieber Staatsminister Florian Herrmann, nachdem ich ebenfalls diesen Zeitungsartikel gelesen habe, bin ich auf die Äußerungen der GRÜNEN genauso gespannt. Wir brauchen dieses Gesetz. Wir brauchen die Rüstung. Wir müssen unsere Rüstungsindustrie in Bayern fördern und anschieben. Ich bitte herzlich um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Florian Siekmann.

Florian Siekmann (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, ich freue mich über das große Interesse an der Haltung der GRÜNEN. Ich nehme es als Beleg für unsere landespolitische Bedeutung in Bayern sehr gerne zur Kenntnis,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass es sowohl die Regierung als auch die CSU-Fraktion gar nicht erwarten können, bis unsere Rede beginnt.

Sie haben davon gesprochen, dass wir auf Bedrohungen reagieren müssten und dass die Verteidigung nach Bedrohungs- und nicht nach Kassenlage erfolgen müsse. Ich stimme Ihnen total zu. Dass wir heute überhaupt über diesen Gesetzentwurf diskutieren können, dass überhaupt Geld für Verteidigung und für Zivilschutz vorhanden ist, das liegt vor allem daran, dass wir GRÜNE jahrelang den Kampf für eine Reform der Schuldenbremse geführt haben und dass wir den Prinzipien treu geblieben sind. Dies war auch kurz vor der Bundestagswahl der Fall, als Friedrich Merz noch das Gegenteil behauptete und dann direkt nach der Wahl kam, um doch zu verhandeln, und wir durchgesetzt haben, dass Mittel bereitgestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Prinzipientreu sind wir auch heute. Deswegen sage ich: Wir teilen das Anliegen, dass wir bei der Verteidigung und dem Zivilschutz schneller und flexibler werden müssen. Als Abgeordneter ist es natürlich mein Job, Gesetzentwürfe der Staatsregierung auf Herz und Nieren zu prüfen, sie mir anzuschauen und auch noch im parlamentarischen Verfahren möglichst konkrete Verbesserungen vorzuschlagen. Wie vorgestellt worden ist, wird durch den Gesetzentwurf durchaus tief in die Rechte der Anwohner eingegriffen. Durch den Gesetzentwurf wird es möglich, im Bereich des Umweltschutzes, im Bereich des Schutzes vor schädlichen Emissionen und auch beim Grundwasserschutz erhebliche Ausnahmen zuzulassen. Deswegen muss er sorgfältig diskutiert werden.

Ich führe schnell zwei konkrete Punkte aus, worum es mir eigentlich geht: Das eine sind die neuen Regeln für das Testgelände in Erding. Ein zentrales Testgelände zu schaffen, ist sicherlich gut. Dafür sollen alle landesgesetzlichen Schutzrechte für Umwelt, Grundwasser und schädliche Emissionen durch Allgemeinverfügung ausgesetzt werden können. Nötig ist es aber aus unserer Sicht, dass man eine vernünftige Folgenabschätzung trifft und vor allem Geld auf die Seite legt, um so ein Gelände später

auch wieder sanieren zu können. In Bayern haben wir gerade 47 zum Teil ehemalige Militäranlagen mit verseuchtem Boden und verseuchtem Grundwasser, die alle für Millionen von Euro saniert werden müssen. Das heißt, wenn ein neues Regelwerk für ein Testgelände geschaffen und damit ein neues Testgelände ermöglicht wird, dann sind wir es der Umwelt, der Natur und den Anwohner:innen schuldig, jetzt vorzusorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Zweite sind die Ausnahmen vom Vergaberecht. Dort heißt es, dass Aufträge zur Sicherung der Verteidigung inklusive der infrastrukturellen Umsetzung bundesseitiger Verteidigungsplanung vom Vergaberecht ausgenommen werden sollen. Ein schneller Blick auf Bundesebene lohnt: Nach den Versuchen, das Sondervermögen für die Infrastruktur zweckzuentfremden, sehen wir nämlich jetzt den Versuch, möglichst viele Projekte in den Haushalt des Verteidigungsministeriums zu verschieben, um sie von der Schuldenbremse auszunehmen. Plötzlich stehen 1,8 Milliarden Euro für Bundesautobahnen und Schienenwege im Haushalt des Verteidigungsministeriums. In einer Stellungnahme an den Haushaltsausschuss des Bundestages heißt es, damit soll auch Verkehr und Betrieb finanziert werden; aber bei aller Liebe, weder Leitplanken noch Straßenbegleitgrün sind verteidigungsrelevant.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Straßen aber schon!)

Uns geht es darum, dass im Kern nur das finanziert und freigestellt wird, was wirklich für Verteidigung und Zivilschutz relevant ist. Unter dem Deckmantel der Verteidigung alles Mögliche in andere Haushalte zu verschieben oder Vergabeverfahren auszulassen, ist nicht die Lösung. Vielmehr kommt es darauf an, gut zu planen und vor allem in der Kommunikation ehrlich zu sein, sonst droht nach dem Vertrauensbruch in Bezug auf die Schuldenbremse gleich der nächste Vertrauensbruch bei der Nutzung von deren Ausnahme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, wir sind an einer sachlichen und ordentlichen Debatte im Ausschuss interessiert. Wir wollen es ermöglichen, dass Verteidigung und Zivilschutz im Landesrecht in Bayern Vorfahrt bekommen. Wir wollen aber auch dafür sorgen, dass die berechtigten Schutzinteressen der Anwohner:innen und der Schutz der Natur und der Umwelt vernünftig abgewogen sind und für mögliche Nachteile Vorsorge getroffen wird. Die entsprechenden Änderungsanträge werden wir einbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor 35 Jahren ist der Eiserne Vorhang in Europa gefallen und der Kommunismus in der Sowjetunion und im Warschauer Pakt in sich zusammengebrochen. Wie ist das gelungen? – Bei allem Respekt vor den Menschen, die in Ost- und Mitteldeutschland auf die Straße gegangen sind, bei allem Respekt vor der Lebensleistung Gorbatschows, maßgeblich war die Entscheidung der NATO, der Vereinigten Staaten und der Europäer, den damaligen NATO-Doppelbeschluss Anfang der Achtzigerjahre durchzusetzen.

Wir haben durch militärische Stärke und militärische Überlegenheit, mit der die andere Seite, nämlich die Sowjetunion, nicht mehr mithalten konnte, die Sowjets in die Knie gezwungen. Sie mussten ihre Diktatur aufgeben und freiheitlichen Strömungen nachgeben. Dadurch konnte Osteuropa befreit werden. Dadurch gab es zwischenzeitlich Hoffnung, dass Russland ein unseren Maßstäben entsprechendes demokratisches, freiheitliches Land wird. Jetzt, 35 Jahre später, sehen wir das Gegenteil: Russland hat auf Kriegswirtschaft umgestellt, und wir diskutieren. Der damalige Kanzler Scholz hat die Zeitenwende ausgerufen, und was ist passiert? – Zunächst einmal herzlich wenig.

Wir müssen den Worten Taten folgen lassen, und dafür reicht es nicht, ein Sondervermögen oder eine Ausnahme von der Schuldenbremse in das Grundgesetz zu schreiben. Das sind Ermöglicungen, Kollege Taşdelen; aber damit habe ich noch keinen neuen Panzer, damit habe ich noch kein neues Waffensystem geschaffen. Wenn wir nicht endlich Fahrt aufnehmen, dann gehen wir schweren Zeiten entgegen.

Bei der letztjährigen Sicherheitskonferenz sagte der damalige Inspekteur des Heeres Generalleutnant Mais, dass wir bis zum Jahr 2029 kriegstüchtig werden müssen, dass das aber keine Garantie dafür ist, dass es nicht schon vorher losgeht. Immer dann, wenn ein Land, wenn ein Bündnis Schwäche zeigt – das tun wir leider zurzeit –, dann ermutigt das den Gegner, anzugreifen. Deswegen ist dieses Gesetz uneingeschränkt zu befürworten.

Ich picke mir ein paar wichtige Punkte heraus: Erstens natürlich den Bereich "Bauen und Landesplanung". Wir müssen schnell werden. Wir müssen uns von bürokratischer Schlacke befreien, indem wir die Dinge, die wir benötigen, schnell umsetzen. Das betrifft das Defense Lab Erding, aber auch andere Standorte in Bayern.

Zweitens, Wettbewerbsrecht. Hier geht es um Schnelligkeit. Hier geht es aber auch darum, dass wir, was leider auch häufig passiert, unsere Strategien nicht auf dem Silbertablett präsentieren. Ausschreibungen lesen natürlich auch die, die das nicht lesen sollen, und sie ziehen ihre Schlüsse daraus.

In besonderem Maße freue ich mich darüber, dass wir in das Gesetz auch den Bereich der wirtschaftlichen Förderung hineinschreiben und die LfA hier verpflichten. Es gab Zeiten – das ist noch nicht so lange her –, da galt Banken wegen europäischen Rechts – ich sage nur: ESG-Kriterien – die Rüstungsindustrie als social harmful. Da galt es auch für ein wirtschaftlich potentes Unternehmen als schwierig, Kredite zu bekommen, weil man ein schlechtes Rating hatte – nicht deswegen, weil man schlecht gewirtschaftet hatte, sondern weil die Sicherheits- und die Verteidigungsindustrie nicht gewollt waren.

Ich war am Montag beim Empfang des Inspektors der Luftwaffe. Er hat eindringlich klargemacht, dass wir alles daransetzen müssen – und zwar schnell daransetzen müssen –, verteidigungs- oder kriegsfähig zu sein. Wir müssen in der Lage sein, uns notfalls zu verteidigen und – Kollege Dremel hat darauf hingewiesen – notfalls auch ohne einen Partner in den Vereinigten Staaten.

Ich muss schon sagen, das Thema Trump wird immer wieder als Entschuldigung hergenommen. – Nein! Donald Trump zeigt uns unsere Defizite auf, und wir haben alles daranzusetzen, diese Defizite zu beseitigen.

Lieber Kollege Dr. Herrmann, ich freue mich sehr, dass der Freistaat Bayern wieder einmal der Vorreiter ist. Ich hoffe sehr, dass andere nachziehen, aber bislang ist außer vielen Worten leider nichts zu sehen. Wir in Bayern gehen voran. Wir nehmen unsere Verantwortung ernst, auch und gerade in dem zentralen Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Ich freue mich auf die Beratungen dieses notwendigen Gesetzes im Ausschuss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Christiane Feichtmeier für die SPD-Fraktion.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern muss verteidigungsfähig sein. Das steht wohl außer Frage. Aber es gibt noch viel zu tun, damit die Zeitenwende im Freistaat funktioniert. Bisher stecken wir in Bayern in den Kinderschuhen.

Ja, wir müssen uns auf den Ernstfall vorbereiten. Wir brauchen Sirenen, wir brauchen Schutzräume, wir müssen die Bevölkerung informieren, und wir müssen unbedingt wissen, wer im Katastrophen- und Spannungsfall überhaupt einsatzbereit ist.

Wir als SPD haben auf unserer Klausur letzte Woche viele gute Vorschläge vorgestellt, wie wir Bayern verteidigungsfähig werden. Wir haben uns mit dem Landeskommmando der Bundeswehr und mit dem BRK dazu ausgetauscht, welche Herausforderungen jetzt dringend angegangen werden müssen.

Jetzt legt uns also die Staatsregierung ein Gesetz zur Stärkung der Verteidigungsindustrie vor. Ich verstehe es so: Man will uns jetzt etwas vorlegen. Ganz in Söder-Manier braucht es da ganz dringend ein Gesetz mit einem schönen Titel.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): O mei, o mei! Jetzt gehen die Argumente aus!)

Um Industrie geht es darin aber nicht; deshalb kommt es nicht einmal zur Mitberatung in den Wirtschaftsausschuss. Es ist ein Sammelsurium

(Alex Dorow (CSU): Haben Sie es gelesen?)

von kleinteiligen, eher symbolhaften Änderungen

(Martin Wagle (CSU): Wichtigen Änderungen!)

an der Bauordnung oder dem Denkmalschutz. In der Begründung schreibt die Staatsregierung selbst, dass es sich überwiegend um Klarstellungen und politische Signale handelt.

Was mir wichtig ist: Ja, bei aller Transparenz ist die Geheimhaltung von Informationen der Bundeswehr – zum Beispiel im Planungs- und Vergabeverfahren – wichtig. Auch die klare Aufgabenabgrenzung im Zivilschutz ist richtig. Wir begrüßen ausdrücklich die klare Regelung zum Defense Lab in Erding.

Im Ergebnis heißt es auch für uns: Ja, wir tragen dieses Gesetz mit, aber ein wirklich großer Wurf ist es nicht.

Der eigentlich große Wurf passiert derzeit auf Bundesebene. Unser Verteidigungsminister Boris Pistorius treibt mit Nachdruck und Ernsthaftigkeit die Reformen voran, die notwendig sind,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Welche denn?)

um die Bundeswehr wieder verteidigungsfähig zu machen.

(Martin Wagle (CSU): Sie haben den Sinn des Gesetzes nicht verstanden!)

Das ist gut, das ist notwendig, und dafür gebührt ihm unser Dank.

Klar ist: Wir stehen an der Seite der Bundeswehr und tun alles dafür, dass Deutschland und Bayern verteidigungsfähig werden. Ob und wie die Regelungen wirklich praxisrelevant sind, ist fraglich. Deshalb freue ich mich auf die weiteren Beratungen des Gesetzentwurfs im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Zwischenfrage vom Kollegen Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Feichtmeier, nachdem ich am Montag beim Neujahrsempfang des Inspektors der Luftwaffe und des BDLI war, würde mich jetzt schon interessieren, welche konkreten Maßnahmen der Verteidigungsminister Pistorius denn für die Verteidigungsindustrie in Deutschland – wir gehen jetzt nicht nur auf Bayern, sondern auf Deutschland – konkret ergriffen hat. Was hat er denn bislang umgesetzt? Er ist ja nun länger als die meisten anderen Mitglieder der derzeitigen Bundesregierung im Amt.

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Frau Kollegin.

Christiane Feichtmeier (SPD): Also, ich glaube, wir beide waren zusammen bei der Firma KNDS und haben uns damals zeigen lassen, wie der Leopard bestellt und präsentiert worden ist; da war sogar die norwegische Staatssekretärin mit dabei.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was hat der Pistorius damit zu tun?)

Wichtig ist ja, dass die Bundeswehr Aufträge an die Wirtschaft gibt. Aber aus diesen Ausschreibeverfahren geht, so wie ich es verstanden habe, nicht wirklich etwas Konkretes hervor. Aber Sie kommen ja dann sicherlich zu uns in den Innenausschuss; wir können dann gerne beraten, wie wir da aus wirtschaftlicher Sicht etwas weiter voranbringen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber eine Antwort ist das jetzt keine, oder?)

Präsidentin Ilse Aigner: Wir können die Debatte im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport fortsetzen, der als federführender Ausschuss vorgeschlagen wird. Ist jemand gegen die Überweisung? – Sehe ich nicht. Dann ist die Aussprache geschlossen.